

ED / Motion SVP-Fraktion vom 19. Februar 2007

Weihnachtsfeiern in Schulen

Antrag der Regierung vom 20. März 2007

Nichteintreten.

Begründung:

Die Motion verlangt, dass den Schulen die Durchführung einer Weihnachtsfeier verbindlich vorgeschrieben werde. Sie möchte damit vorsorglich auf mögliche Druckversuche auf das Schulsystem von Seiten muslimischer Kreise reagieren.

Weihnachtsfeiern sind in unseren Schulen verankert, haben eine lange Tradition und werden überall durchgeführt. Bräuche und christliche Feste im Jahresablauf sind Bestandteil des Lehrplans Volksschule bzw. des Erziehungsplans des Kindergartens. Sie werden von keiner Seite in Frage gestellt. Der Regierung ist kein Fall bekannt, in dem in einer Schulgemeinde Proteste oder Weigerungen von nichtchristlichen Eltern eine Weihnachtsfeier beeinträchtigt oder gar verunmöglicht hätten. Die Muslime der Schweiz und der Rat der Religionen der Schweiz haben die Teilnahme aller Kinder an Weihnachtsfeiern ausdrücklich begrüsst.

Mit der Pflege unserer christlich-abendländischen Kultur erfüllt die Schule ihren Erziehungs- und Bildungsauftrag. Der Lehrplan orientiert sich aber auch am Grundsatz der interkulturellen Erziehung, indem er die gegenseitige Toleranz im Zusammenleben der Menschen fördert. Toleranz bedeutet, dass man zu seinen eigenen Werten steht und gleichzeitig die Wertvorstellungen der Anderen respektiert. Angesichts der Tatsache, dass ein immer grösserer Anteil der Kinder nicht-christlichen Religionen angehören, wird das gegenseitige Wissen und Verständnis in Fragen des Glaubens und der Lebensführung immer wichtiger für die soziale und gesellschaftliche Integration.

Die Regierung stellt fest, dass die Schule Weihnachten stufengerecht und auf vielfältige Weise thematisiert. Eine weitergehende gesetzliche Regelung ist nicht notwendig.